



Holz soll als nachwachsender Rohstoff stärker beim Wohnungsbau eingesetzt werden. Geht es nach den Agrarministern der Bundesländer, soll eine Holzbauquote hierfür die Voraussetzungen schaffen. Foto: dpa

Neue Studie: Jeder Zehnte ist arbeitssüchtig

DÜSSELDORF (epd). Rund ein Zehntel der Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet laut einer Studie suchthaft. Wer auf diese Weise arbeite, habe mehr gesundheitliche Probleme, gehe aber seltener zum Arzt, erklärte die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung zur Veröffentlichung der Untersuchung am Dienstag in Düsseldorf. Die suchthaft Arbeitenden gaben zudem zu 28 Prozent an, ihr allgemeiner Gesundheitszustand sei „weniger gut“ oder „schlecht“. Von den gelassen Arbeitenden sagten dies nur 14 Prozent. Ähnlich sei die Selbsteinschätzung bei den zwar exzessiv, aber nicht zwanghaft Arbeitenden.

Gesundheitliche Risiken

Alle Arten von Gesundheitsbeschwerden seien bei den suchthaft Arbeitenden häufiger, heißt es in der Studie weiter. Dies gelte besonders für psychosomatische Beschwerden wie Schlafstörungen und Niedergeschlagenheit, aber auch für Muskel- und Skelettbeschwerden, wie etwa Rückenschmerzen.

Holz für die Hütte

Die Bundesländer wollen die Verwendung des Rohstoffes für den Wohnungsbau forcieren

Von Hagen Strauß

BERLIN. Bringt Holz die Lösung? Holzhäuser sollen einen besonders hohen Wohlfühlfaktor haben. Vor allem aber sind sie gut fürs Klima. Während die Ampel weiter über ihre Pläne für den Heizungsaustausch und die energetische Sanierung von Gebäuden diskutiert, fordern die Agrarminister der Länder einen ganz anderen, möglichst großen Wurf: Bis 2030, heißt es in einem gemeinsamen Beschluss, soll die Holzbauquote im Wohnungsbau auf 30 Prozent erhöht werden. Vor allem dort will man Tempo machen, „wo der Wohnraumbedarf am größten ist“, so die Minister. Ist das realistisch?

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und Bauministerin Klara Geywitz (SPD) hatten im vergangenen Jahr eine Holzbauintiative angekündigt. Im Februar betonte Geywitz bei einer aktuellen Stunde im Bundestag zur Krise auf dem Wohnungsmarkt, man setze „auf nachwachsende Baustoffe wie Holz mit der großen Holzbauintiative, die ich zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium vor-

bereite“. Die Länder warten nun auf das Bundesprogramm. Hintergrund ist auch, dass der Holzanteil bei Wohnneubauten zuletzt zwar auf bundesweit gut 21 Prozent gestiegen ist, im Vergleich zu europäischen Nachbarn aber immer noch viel zu gering ist.

Wälder und Holzprodukte leisteten positive Beiträge zu Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Wertschöpfung, so die Ressortchefs in dem Papier. „Die Extremwetterereignisse der letzten Jahre und ihre Folgenbewältigung zeigen, dass unsere Wälder vermehrt klimastabil umgebaut werden müssen.“ Das anfallende Holz könne dann weitestgehend für langlebige Holzprodukte genutzt werden. Darüber hinaus seien im innerstädtischen Bereich die Aufstockungen von Gebäuden „über modulare Holz-/Hybrid-Bauweisen“ schnelle, emissionsarme und effiziente Lösungen, betonen die Länder weiter. Zugleich müsse der Bund bei eigenen Bau- und Modernisierungsvorhaben mit gutem Beispiel vorangehen.

In der Praxis hat es Holz nach wie vor schwer. Es bestünden baurechtliche Hemmnisse, so Anemon Strohmeier,

Geschäftsführerin des Verbandes der Deutschen Holzwerkstoffindustrie (VHI). „Insbesondere beim höhergeschossigen Bau.“ Planungs- und Genehmigungsprozesse müssten endlich beschleunigt werden. Darüber hinaus gebe es noch ein anderes Problem: In den vergangenen Jahren sei in immer größerem Ausmaß Holz energetisch genutzt, also verbrannt worden. „Der Sog von Holz in die Verbrennung muss gestoppt werden“, so Strohmeier. Alles in allem sei das Ziel, die Holzbauquote auf 30 Prozent zu erhöhen, „richtig und auch nicht unrealistisch“.

„Wichtiger Impuls“

So sieht es auch Denny Ohnesorge, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Holzindustrie (HDH). „Wir müssen klimaschonender bauen und wohnen“, sagt Ohnesorge. Die Forderung der Agrarminister sei dafür ein „wichtiger Impuls“. Durch Holzbau könnten bis zu 50 Prozent der Emissionen eines Gebäudes eingespart werden. „Das ist dringend notwendig.“

Denn derzeit verursacht der Gebäudebereich knapp 40 Prozent der Treibhausgasemissionen“, betonte Ohnesorge. Auch habe der Holzbau durch seine serielle Bauweise gerade dort Potenzial, wo der Wohnraumbedarf am größten ist: in den Ballungsräumen.

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch die FDP. Die Liberalen verabschiedeten kürzlich ein Positionspapier. „Der Bausektor in Deutschland leidet unter steigenden Baupreisen, einem besorgniserregenden Materialengpass und einem immensen Fach- und Arbeitskräftemangel“, heißt es darin. Es sei daher nicht überraschend, „dass das Ziel unserer Koalition von 400.000 neuen Wohnungen im ersten Jahr nicht zu erreichen war“. Es müssten jetzt alle Potenziale im Markt genutzt werden, „um mehr Wohnungen zu bauen“.

Die gegenwärtigen Krisen könnten daher eine Chance sein, „den Holzbau in der konventionellen Bauwirtschaft marktfähig zu machen, unfaire Hindernisse aufzulösen und dadurch unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen“, so die FDP an die Adresse der zuständigen Bundesminister.

Haushalte sparen Gas und Strom

MÜNCHEN (dpa). Die Haushalte in Deutschland haben ihren Strom- und Gasverbrauch im vergangenen Jahr einer Auswertung des Vergleichsportals Check24 zufolge teils deutlich zurückgeschraubt. Demnach haben die Menschen 2022 rund 21 Prozent weniger Gas und rund 12 Prozent weniger Strom verbraucht als 2021. Viele Menschen hätten im vergangenen Jahr in Folge des Ukraine-Kriegs hohe Energierechnungen befürchtet und daher schon früh ihren Verbrauch reduziert, sagte Steffen Suttner, Geschäftsführer Energie bei Check24. Zuvor hatte das Redaktionsteam Deutschland (RND) über die Erhebung berichtet. Die Daten sind nicht repräsentativ. Sie beruhen auf einer Auswertung sämtlicher im Jahr 2022 über Check24 abgeschlossenen Strom- und Gasverträge und der darin von den Kunden angegebenen Verbrauchswerte.

Kaffeeconsum auf Rekordniveau

HAMBURG (dpa). Der ohnehin hohe Kaffeeconsum in Deutschland ist auf Rekordniveau gestiegen. Insgesamt werden derzeit pro Kopf und Tag durchschnittlich knapp vier Tassen pro Kaffeetrinker konsumiert, wie der Deutsche Kaffeeverband unter Berufung auf in Auftrag gegebene Marktforschung berichtet. Das liege unter anderem am Wegfall der Corona-Beschränkungen in der Gastronomie im vergangenen Jahr. Im Jahr 2021 waren es noch 3,6 Tassen und im Vorpandemiejahr 2019 etwa 3,5 Tassen. Kaffee ist in Deutschland das beliebteste Getränk, noch vor Mineralwasser und Bier. „Kaffee ist krisenfest“, sagt Preibisch. Das Jahr 2022 sei ein starkes Kaffeejahr gewesen trotz Inflation und preissensiblen Konsumverhalten.

Kritik an Führung der Credit Suisse

BERN (dpa). Die Führung der per Notrecht geretteten Schweizer Großbank Credit Suisse hat nach den Worten des Schweizer Präsidenten Alain Berset das Vertrauen in die Bank selbst zerstört. Die obersten Manager hätten nichts aus der Finanzkrise gelernt, sagte Berset am Dienstag in Bern zum Auftakt einer dreitägigen Sondersitzung der beiden Parlamentskammern zum Ende der Traditionsbank. Die Regierung hatte am 19. März per Notrecht die Übernahme durch die Konkurrentin UBS eingefädelt. Der Credit Suisse drohte die Zahlungsunfähigkeit.

Kampf um die Zukunft der Pestizide

Die EU will den Einsatz der chemischen Mittel reduzieren / Sarah Wiener geht das nicht weit genug

Von Gregor Mayntz

BRÜSSEL. Haarspaltreien sind gewöhnlich nicht ihr Ding. Sarah Wiener, den meisten Deutschen wohl noch als zupackende TV-Köchin mit Vorliebe für praktische Rezepte und gesundes Essen bekannt, beginnt die Veranstaltung am Dienstag im Europa-Parlament mit einem beklemmenden Hinweis. Die jetzige österreichische Grünen-Europa-Abgeordnete hat zur Vorbereitung des anstehenden Kampfes um die Zukunft der Pestizide in Europa ihre eigenen Haare untersuchen lassen. Ergebnis: Sie enthalten Abbauprodukte von DDT, jenem Insektenbekämpfungsmittel, das bereits Anfang der 1970er-Jahre verboten wurde. Die zehnjährige Deutsch-Österreicherin muss also aufpassen, was sie trägt.

In Brüssel mag sie das zusätzlich motivieren für ihren aktuellen Job als Verhandlungsführerin in Sachen Pestizidverordnung. Die EU-Kommission hat den Vorschlag auf den Tisch gelegt, die Anwendung von chemischen Pestizi-



Das Pestizid Glyphosat steht wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die Gesundheit seit Jahren in der Kritik. Foto: dpa

den bis 2030 zu halbieren. Wiener hat dazu nun einen Gegenvorschlag vorbereitet, der sowohl Zwischenziele bis 2026 vorsieht, als auch radikalere Vorgaben sowohl für Schutzgebiete als auch für die gefährlichsten Pestizidarten. Die will sie sogar um 80 Prozent reduzieren. Das klingt nach großem

Ärger. Längst sind nicht nur die deutschen Landwirte empört über die Brüsseler Pläne, die für viele von ihnen das berufliche Aus bedeuten würden. Auch die Verbände und Produzenten machen mit ihren EU-Lobbyisten mobil. Denn es geht um Milliarden.

Parallel dazu steigt die Spannung, wie es mit dem wirksamsten und weltweit am meisten verbreiteten Pflanzenschutzmittel Glyphosat weiter geht. Die Verwendung in der EU wird seit fünf Jahren verlängert, und eigentlich sollte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit bis letzten Herbst eine aktualisierte Bewertung vorlegen. Doch die erbat sich mehr Zeit für die Auswertung jünger Studien. In einigen Wochen soll die Empfehlung jedoch vorliegen. Sie hat das Zeug, die Lebensmittelpreise weltweit zu erschüttern. Eigentlich wollten viele Landwirte nicht weniger, sondern mehr Pestizide, berichtet Wiener. Und sie weiß: „Das wird ein harter Kampf.“

Die Grünen betonen die Alternativen – allen voran das „Unkrautmanagement“. Landwirte schildern, wie sie durch neue Fruchtfolgen, spätere Bearbeitung, den Einsatz von Insekten und Pilzen, zudem intensiver Beratung über neue Techniken die teuren Pestizide absetzen und gleichzeitig doch 90 Prozent des früheren Ertrages erwirtschaften konnten – weil Verbraucher ihnen mehr Geld gezahlt und mehr Zeit ermöglicht hätten.